

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus M. 18.— für den Monat Dezember, im voraus zahlbar. Für Bohrbogen nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unser Bezugsband bezogen für Deutschland, Dänzig, das Loos- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauen M. 20.—, für das übrige Ausland M. 26.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 6/8

Die Jahrgangspost-Kontaktschleife oder deren Raum kostet 6.— M., einschließlich Anzeigenschein. Keine Anzeigen: Das Jahrgangspost-Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anzeigenschein. Ausland: Anzeigen zum Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,75 M., jedes weitere Wort 1.— M., in Wort-Anzeigen das Jahrgangspost-Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Palastrevolution in der KPD.

##### Friesland in der Opposition

Wenn nicht noch in letzter Minute ein radiotelegraphischer Bannfluch aus Moskau eintrifft, wird heute Nr. 18/19 der wissenschaftlichen Zeitschrift der K. P. D. „Die Internationale“ erscheinen, die einen beachtenswerten Artikel von Ernst Friesland mit dem Titel „Parteilaktische Bemerkungen“ enthält. Da der Artikel als Sonderdruck verbreitet wird, begehen wir wohl keine Indiskretion, wenn wir ihn, mit einigen kritischen Bemerkungen versehen, auszugsweise wiedergeben.

Zum Verständnis der Situation sei vorausgeschickt, daß Friesland, der noch vor wenigen Monaten einen maßgebenden Einfluß auf die Berliner Organisation hatte, auf der letzten Bezirkskonferenz von dem „linken Flügel“, d. h. von Maslow, Ruth Fischer und Konsorten völlig an die Wand gedrückt und als „menschewistische“ Neigungen verdächtig festgestellt wurde. In dieser begreiflichen Stimmung macht er nun aus seinem Herzen keine Mordgrube und liest seinen verehrten Genossen, ohne ein Wort vor den Mund zu nehmen, ganz gründlich die Leviten. Was er sagt, ist für unsere Leser an und für sich nicht neu, wir haben das viel dutzendmal in diesen Spalten ausgeführt, nicht ohne jedesmal von der „Roten Fahne“ als „Verräter“ usw. bezeichnet zu werden.

Hören wir, was Friesland, der, nebenbei bemerkt, Mitglied der Zentrale der K. P. D. ist, seinen Freunden ins Stammbuch schreibt:

#### Die Kampfesmethoden der KPD.

„Die Kampfesmethoden des Kommunismus haben sich gründlich verändert. Das „Demaskieren“, das Herunterreißen, das „Entlarven“ der „Verräter“ ist nicht nur überflüssig, sondern schädlich geworden. Das Proletariat wünscht keine „Entlarvungen“ und kein „Verräter-Geschrei“. Es wünscht den Ausweg aus seinem Elend zu sehen, und es wird dem folgen, der diesen Ausweg weist und der versteht, ohne Geschrei und ohne Verhöhnung die Arbeiter auf diesem Wege zu sammeln. Die primitiven, im üblichen Sinne partei-egoistischen und kurzfristigen Methoden kleiner Parteitagitatorien, die, über die Schranken ihrer engen Interessen nicht hinausgehend, nicht verstehen und begreifen können, daß der Zusammenschluß der Arbeitermassen auf solch neuen Wegen sich vollzieht, können unter Umständen zu einem schweren Hemmnis für die Entwicklung der Partei werden.“

#### Die Leviten

Die große Gefahr besteht in der bequemen Neigung zum Schlagwort, in der billigen Erzeugung von solchen Stimmungen, die an Stelle sachlicher Erörterung die Pogromstimmung zu sehen geneigt ist. Wenn unter dem Eindruck der Märkämpfe, wenn angesichts der frischen Wunden, die damals der Partei zugefügt wurden, es verständlich war, daß in den Mittelpunkt der Diskussion die Frage der Disziplin, des Verrats geht und die Frage einer eingehenden sachlichen Prüfung der Ergebnisse und Erfahrungen dieser Kämpfe in den Hintergrund trat, so möchte das hingehen. Heute wäre es nicht verständlich, es wäre sinnlos und verderblich. Es würde der Partei das rauben, was sie am aller nötigsten braucht: das Vertrauen bei ihren eigenen Mitgliedern, das Vertrauen bei den Arbeitermassen außerhalb der Partei, daß ihre politischen Entscheidungen nicht disziplinarischen Anweisungen von Parteilinstanzen, sondern der selbständigen Lösung brennender Fragen durch die Mitgliedschaft selbst entspringen.

Nicht der billige, spornmäßig betriebene „Kampf“ gegen die „Leviten“ sichert uns gegen Gefahren. Gegen Gefahren sichert uns nur eigene klare, zielbewußte kommunistische Führung.“

#### Die Einheitsfront

Die „proletarische Einheitsfront“ droht zum neuesten Schlagwort der Partei zu werden. Daß es nicht unsere Aufgabe ist, die Mittelwelt wöchentlich mit einer neuen Parole oder mit einem neuen Aufruf zu beglücken, das hat die Partei allmählich begriffen. Aber die Gefahren des Schematismus, des mechanischen Denkens und der gleichmäßigen, allwissend den Verhältnissen gar nicht entsprechenden Anwendung bestimmter Forderungen, die unter anderen Umständen und Bedingungen entstanden sind, sind noch lange nicht überwunden. Wenn jetzt wir Kommunisten des Morgen und des Abends betonen, daß die Einheitsfront des Proletariats hergestellt werden muß, daß es nur an den anderen und nicht an uns liegt, wenn sie noch nicht hergestellt ist, so dürfen wir uns nicht wundern, wenn dieser unser Ruf eine Zeitlang verhallt wie der Ruf des Predigers in der Wüste. Der Drang nach Zusammenbruch ist gewiß eine der elementarsten Erscheinungen, die man heute unter den Arbeitermassen beobachten kann. Der Wille nach Zusammenbruch „über die Köpfe der Führer hinweg“ ist bei den von der Zerstückelung ihrer Bewegung tief enttäuschten Arbeitermassen außerordentlich populär. Um so notwendiger ist es, daß wir mit diesem Schlagwort einen klaren Begriff verbinden und daß wir uns über den Weg im klaren sind, der zu diesem Ziele führen kann. Der Begriff der Einheitsfront hat nur dann einen Sinn, wenn ihm bestimmte politische Forderungen zugrunde liegen, wenn es gelingt, für bestimmte politische Forderungen die Arbeitermassen möglichst einheitlich zur Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Klassenstaat zu bringen. Eine Propaganda für die proletarische Einheitsfront kann also nur geführt werden, wenn ihr ein einheitliches Verständnis und eine gemeinsame Auffassung über das, was heute als politische Forderung der Arbeiterklasse zu bezeichnen ist. . . . Wenn in unseren Kreisen die primitive Auffassung herrscht, als könnten

#### Die Wirkung der deutschen Note

Der Antrag Deutschlands um Zahlungsausschuß für die beiden am 15. Januar und 15. Februar fälligen Raten begegnet in der französischen Presse allgemeiner Ablehnung. Das „Echo de Paris“ spricht von einer Sabotage des Londoner Ultimatus seitens Deutschlands und empfiehlt, auf dem Wege fortzufahren, der zur Unterwerfung Deutschlands im Mai geführt habe. Das ist eine offenkundige Aufforderung zur Fortsetzung der Gewaltpolitik der militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen.

Auf einen ähnlichen Ton sind die Ausführungen eines Mitgliedes der Reparationskommission gestimmt, die dieses dem Vertreter des „New York Herald“ machte. Darin wird gesagt, daß die Reparationskommission nach ihrer letzten Note an Deutschland fest bleiben müsse. Die Januarrate müsse gezahlt werden, und Deutschland müsse gezwungen werden, mit seinen eigenen Mitteln seinen Haushalt in Ordnung zu bringen. Wenn es nicht möglich wäre, Deutschland zur Vernunft zu bringen, würde Frankreich die Gewalt, über die es verfüge, in Anwendung bringen, um Deutschland zur Zahlung zu zwingen.

Ohne die Bedeutung dieser Auslassungen zu überschätzen, muß man doch feststellen, daß sie einem großen Teil der öffentlichen Meinung Frankreichs entsprechen. Die immer wiederkehrende Forderung nach einer Ordnung des inneren deutschen Haushalts ist freilich nicht allein dazu geeignet, das Zahlungsproblem zu lösen. Aber der energische Beginn der Erfüllung dieser Forderung würde der Reparationskommission und den alliierten Regierungen ein Hauptargument gegen Deutschland nehmen, ganz abgesehen davon, daß auch eine innerpolitische Konsolidierung unmöglich ist ohne Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt.

Die Lösung der Reparationsfrage wird allerdings zum minderen Maße bei der Reparationskommission liegen, sondern in den Verhandlungen der alliierten Regierungen, insbesondere in den demnächst stattfindenden Besprechungen Briands mit Lloyd George in London zum Austrag kommen. Daß man auch in Frankreich nicht durchaus der Meinung der Reparationskommission ist, zeigen die Ausführungen Jules Sauerweins im „Matin“.

Er erklärt, daß die englische Anleihe nicht zustande kam. Sie konnte auch nicht gelingen, weil man einem Lande nichts borgen wolle, das sich absichtlich ruiniere. Uebrigens hätten die Bankiers der City kein Interesse daran, Deutschland Geld für die zweite oder dritte Zahlung zu bewilligen, sie suchen vielmehr eine große Kreditoperation durchzuführen, die mit einer Erleichterung der deutschen Reparationszahlungen Hand in Hand gehen muß. Sauerwein wendet sich jedoch heftig gegen die Reparationskommission. Wenn diese nicht schon einen vollkommenen neuen Plan für die Reparationen habe und diesen nicht binnen weniger Tage voröffentliche, dann sei sie moralisch ihres Amtes entbunden, wobei man nur erwarten müsse, daß sie auch bald geistlich von ihren Funktionen entbunden würde, weil sie ihre Aufgabe nicht erfüllen konnte.

Auch Lloyd George hat sich über die Reparationsfrage und die finanzielle Lage Deutschlands ausgesprochen. Er empfing am Mittwoch eine Abordnung des Volkzugsausschusses der Arbeiterpartei, des Generalrates des Gewerkschaftskongresses und der parlamentarischen Arbeiterpartei, die ihm die Entschlüsse der letzten Arbeiterkonferenz hinsichtlich des Problems der Erwerbslosigkeit und seiner Beziehungen zur internationalen Lage unterbreitete und sie befürwortete. Darüber wird von W. T. B. berichtet:

Nach einer Ansprache von Clynnes erinnerte Lloyd George zunächst daran, daß Briand nächste Woche auf seine Einladung nach London komme, um mit ihm die wirtschaftliche Lage zu erörtern. Lloyd George sagte weiter, das deutsche Volk lebe unter einer Verlängerung der ungesunden Verhältnisse des Krieges. Rathenau habe ihm in der letzten Woche gesagt, daß in Deutschland binnen sehr kurzer Zeit ein unbedingter Zusammenbruch erfolgen müsse, wenn die Dinge so weiter gingen. Lloyd George wies auf die ungeheure Vermehrung des deutschen Papiergeldes und die ungesunden Verhältnisse der Produktion hin. Die große Inflation der Mark habe zu einer allgemeinen Nachfrage nach Ware geführt, da jedermann die in seinem Besitz befindlichen Papiermark los sein wolle, bevor ihr Wert weiter gesunken sei. Angesichts Verhältnisse dieser Art rüchete sich immer. Lloyd George forderte die Arbeitervertretung auf, bei ihren Vorschlägen zu bedenken, ob nicht durch ihre Befolgung ähnliche Zustände in England hervorgerufen werden könnten. Er könne die Verantwortung für solche Schritte nicht übernehmen. Die Besserung würde dann vielleicht zwei oder drei Jahre beanspruchen. Aber zum Schluß würde die Zahl der Erwerbslosen in England auf fünf oder sechs Millionen gestiegen sein und der Wert des verdienten Geldes würde sich ungeheuer vermindert haben.

Zur Reparationsfrage erklärte Lloyd George, es handle sich nur um die Bezahlung der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete und die Bezahlung der Kriegspensionen. Darüber hinaus werde nichts gefordert. Deutschland habe bisher noch nicht einmal begonnen, für die verwüsteten Gebiete zu zahlen. Es habe nur teilweise für die Besatzungsarmee bezahlt. Lloyd George fragte, ob England wirklich darauf verzichten solle, daß Deutschland für den angetrichteten Schaden bezahle. England habe auf andere Weise Verluste erlitten, wenn es auch keine verwüsteten Gebiete habe. Er glaube nicht, daß irgendeine verantwortliche Person in England vorschläge, daß man auf den Schadenersatz verzichten soll.

Diese Äußerungen Lloyd Georges zeigen den Ernst der Lage. Sie beweisen, worauf immer wieder hingewiesen werden muß, daß eine allzu optimistische Auffassung über Englands Haltung in der Reparationsfrage gänzlich unangebracht ist.

(Siehe auch 3. Seite.)

wir bei dem heutigen Stärkegrad unserer Partei und bei der Stimmung der Arbeiterschaft zu politisch wirklich bedeutsamen Handlungen (und nicht nur zur Befriedigung unserer propagandistischen Bedürfnisse in Volksversammlungen) kommen ohne die Spitzenorganisationen, so bedeutet das eine katastrophale Uebersehätzung unserer Kräfte und eine vollständige Verkenning unserer politischen Aufgaben. Die organisierten Massen zu gemeinsamem Handeln zu bekommen ohne die Spitzenorganisationen ist vorläufig unmöglich.“

#### Die Moskauer Internationale

Da die kommunistische Arbeiterschaft in ihrer bekanntesten Resolution die Dinge aufgezeigt hat, können wir nicht mehr an diesen Fragen schweibend vorbeiziehen. So wenig wir uns mit den Gedanken identisch fühlen, die die KPD — nach Meinung mancher Genossen — hinter ihren Formulierungen verbergen, so lehr wir der Meinung sind, daß die enge politische Verbindung mit der Internationale als dem Zentrum der gesamten revolutionären Bewegung notwendig ist, und so sehr wir wünschen, daß die Internationale viel mehr als bisher die politische Führung der internationalen kommunistischen Bewegung in die Hand nimmt, so sehr halten wir es doch für notwendig zu betonen: Die Internationale wird nie eine Kraft werden, wenn die ihr angeschlossenen Sektionen nicht stark und selbständig werden. Für die deutsche Partei ist es eine Lebensfrage, daß sie lernt, sich selbst von der kleinste bis zur größten Draufschau zu unterhalten. Und weiter: die internationale Führung darf nicht zur gewollten oder ungewollten Schaffung von organisatorischen Lebensgebilden führen, die die Einheitlichkeit der Arbeit eines Landes erschweren. So wie in Deutschland die Zentrale sich an die Bezirke zu halten hat, so können alle internationalen Organisationen ihre Maßnahmen nur durch die Landeszentrale vornehmen, wenn nicht heilloser Wirrwarr entstehen soll.“

Die Ausführungen Frieslands zeigen, daß es, wenn auch reichlich spät, in einigen der leitenden Köpfe der K. P. D. zu dämmern beginnt. Mag er seine Kritik stellenweise noch so vorsichtig einschließen und die der eigenen Partei gereichte Wille mit Angriffen gegen die U. S. P. und S. P. D. ver-

fähen, die Hauptsache bleibt, daß er schonungslos die Hüllen herunterreißt, mit denen die gegenwärtige Führerschaft der K. P. D. noch heute ihre verderbliche Politik zu umgeben sucht. Friesland legt den Finger in eine offene Wunde, wenn er die demagogischen Kampfesmethoden der K. P. D. brandmarkt, die die Arbeiterbewegung vergiftet haben, und er spricht nur aus, was immer größere Massen der Arbeiterschaft erkennen, wenn er der K. P. D. vorwirft, daß sie an Stelle sachlicher Erörterung die Pogromstimmung zu sehen geneigt ist.

Auch was er über die unehrliche parteiegoistische Ausnutzung der Parole der proletarischen Einheitsfront und über den verhängnisvollen Einfluß der Moskauer Zentrale auf die deutsche Bewegung sagt, trifft vollkommen ins Schwarze. Der letzte Punkt wird von Friesland allerdings nur sehr vorsichtig gestreift. Aber jeder, der die Verhältnisse nur einigermaßen kennt, wird zugeben müssen, daß es tatsächlich eine Lebensfrage für die kommunistische Partei ist, daß sie ihre finanzielle Abhängigkeit von der Moskauer Zentrale löst. Der Wirrwarr, die Korruption, das Strebertum, die Unfähigkeit und die verbrecherische Verantwortungslosigkeit in den Reihen der kommunistischen Führerschaft ist eine direkte Folge ihrer materiellen Abhängigkeit von Moskau. Dieser Erkenntnis ist die entsprechende Forderung der kommunistischen Arbeiterschaft entspringen, die kommunistische Bewegung in Deutschland vollkommen auf eigene Füße zu stellen. Doch dieser Erkenntnis widerstrebt das egoistische Interesse jenes Führerklüngels, der, im Besitze des Parteilapparats und der Moskauer Subventionen, Hand in Hand mit den großen und kleinen „Turkstanern“, die hier umherwimmeln, die kommunistische Parteibewegung in Grund und Boden wirtschaftet.

Die Rebellion Frieslands gegen diese Zustände ist ein bemerkenswertes Symptom dafür, daß endlich auch in den Reihen der K. P. D. die Vernunft zum Durchbruch gelangt.

Nicht minder symptomatisch ist der gestern von der „Roten Fahne“ gemeldete Beschluß des Bezirks Hanau-Gelnhausen-Ohr, dessen Vertrauensmännerversammlung am 11. Dezember die Absehung der gegenwärtigen Zentrale, die Entfaltung aller Schuldingen der Märzaktion aus der Partei und die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags verlangt. Die „Rote Fahne“ bezeichnet diesen Beschluß als eine „Verirrung“, und sicherlich wird der kommunistische Führerkreis sich über diese Forderung ebenso hinwegsetzen wie über die offene und freimütige Kritik Friesland. Doch in den Reihen der kommunistischen Arbeiterschaft wird diese Kritik, die im Interesse der gesamten proletarischen Bewegung geboten ist, weder durch diktatorische Maßnahmen der Zentrale noch durch Maßregelung der unbequemen Ankläger aufgehalten werden können. Darin allein liegt die Gewähr dafür, daß die kommunistischen Arbeiter, nach Ueberwindung ihrer Irrtümer und Fehler, sich schließlich zusammenschließen mit ihren Arbeitsbrüdern in einer großen einheitlichen Front des Klassenbewußten Proletariats.

## Die Steuerkämpfe

### Selbständige Steuerpolitik der christlichen Gewerkschaften

Aus unserem Bericht über die Vorgänge in der gestrigen Sitzung des Steuerausschusses und ferner aus unseren Darlegungen dazu im Leitartikel der heutigen Morgenausgabe ging hervor, daß ein deutlicher Gegensatz zwischen den Arbeiterabgeordneten — oder solchen Leuten, die sich so nennen — und den anderen Teilen der bürgerlichen Parteien zu beobachten ist. Es handelt sich um einen Konflikt über die Verteilung der Steuerlasten, bei dem die Arbeitervertreter auch der bürgerlichen Parteien, vor allen die Vertreter der Zentrumsarbeiter, mit Rücksicht auf ihre Verantwortlichkeit gegenüber den Gewerkschaften für die steuerliche Belastung des Besitzes eintreten müssen, als das Gros der bürgerlichen Abgeordneten. Dieser Gegensatz tritt noch deutlicher in Erscheinung durch eine Veröffentlichung im „Deutschen“, der Zeitung Stegerwalds, die folgendes ausplaudert:

Das parlamentarische Komitee des Deutschen Gewerkschaftsbundes hielt am 14. Dezember unter dem Vorsitz von Minister v. Stegerwald eine längere Sitzung. Gegenstand der Besprechung war die Interessenten-Steuerpolitik in den Ausschüssen des Reichstags. Von einer Anzahl von Rednern wurde beklagt, daß manche Abgeordnete und Parteien auf eine Umwälzung und Abschaffung der Besitzsteuern hinarbeiten und so das Volk zum Verfall und Träger der Hauptsteuerlast machen wollten. Im Interesse der deutschen Wirtschaft und der Arbeiter läge es zwar, daß die Vermögenssubstanz nicht wesentlich geschwächt und die Produktionskräfte gesichert würden, doch dürfe dabei nicht eine steuerliche Bevorzugung der Industrie und der Landwirtschaft auf Kosten der Verbraucher herauskommen. Schließlich wurde ein Ausschuss eingesetzt, der die bisherigen Beschlüsse der Steuerausschüsse näher prüfen und Abänderungsanträge ausarbeiten soll, die dem Reichstag unterbreitet werden können.

Dem vom parlamentarischen Komitee des Deutschen Gewerkschaftsbundes eingesetzten Steuerausschuss gehören u. a. an: die Abgeordneten Essing (Zentrum), Hartwig (Deutschnational), Höner (Zentrum), sowie die Mitglieder des Reichswirtschaftsrats Habermann und Dr. Köhr. Seitern abend noch wurden von diesem Steuerausschuss Abänderungsanträge zu dem Gesetzentwurf Marx-Eisinger (Zentrum) betreffend Verringerung des Einkommensteuergesetzes ausgearbeitet. Die in diesem Entwurf vorgesehene Erleichterung für Arbeiter und Angehörige fanden Anerkennung, nicht aber die Absetzungen für die hohen Einkommen.

In einer anderen Stelle der gleichen Ausgabe des Blattes wird der erwähnte Antrag abgedruckt unter der bezeichnenden Überschrift: „Der Entwurf des Deutschen Gewerkschaftsbundes“.

Alles das zeigt, daß die christlichen Gewerkschaften dazu übergehen, ihre eigene, vom Zentrum unabhängige Steuerpolitik zu machen und eigene parlamentarische Aktionen zu organisieren. Das ist immerhin ein bedeutsames politisches Zeichen. Das Hin-

wegleugnen des Klassengegensatzes hilft in den gegenwärtigen Steuerkämpfen, in denen der Interessengegensatz so scharf zum Ausdruck kommt, nichts mehr, und die Verschärfung der Situation drängt selbst die Zentrumsarbeiter zu einer selbständigen Arbeiterpolitik. Natürlich bleiben sie trotzdem höchst unsichere Kantonsisten, nur in Geldsachen hört auch bei ihnen die Gemütsheiligkeit der Klassenharmonie auf. Das ist immerhin ein Anfang. Sie wollen nicht nur Padesel sein.

## Der Geist von 1874

In der „Bergisch-Märkischen Zeitung“ beschäftigt sich der als führender Reaktionsär bekannte Herr Bacmeister mit dem Rapp-Projekt. Er klagt Stein und Bein darüber, daß seine am Putsch beteiligten Gefinnungsgenossen vor dem Richter kneifen. Er hatte erwartet, daß sie sich stolz zur Tat bekennen und erklären würden, daß sie für ihren „nationalen Hochverrat“ gern ins Gefängnis gingen. Dagegen mache sich ein erheblicher Mangel an Zivilcourage geltend. Vor allem aber legt es Herrn Bacmeister in Erstaunen, daß die Zivilcourage immer noch so wenig verbreitet sei, obwohl doch in den letzten Jahren 150 000 deutsche Offiziere Zivilisten wurden.

Herr Bacmeister hatte also erwartet, daß der Zuschuß von Offizieren die Masse des „Zivilistenpats“ mit mehr Courage durchsehen würde. Der Zufall will es, daß gleichzeitig durch eine Rundgebung der organisierten Offiziere, der abgedienten wie der gegenwärtigen, gezeigt wird, in welcher Richtung sich die Courage deutscher Offiziere bewegt. Der Bundesausschuss des deutschen Offizierbundes hat die Einführung eines Ehrendienstes zum Beschluß erhoben, das „im Geiste der Ehrengerichte der Offiziere vom 2. Mai 1874“ gehandhabt werden soll. Als Richtschnur für die neu eingeführten Standesgerichte soll gelten die Wahrung, Förderung und Vertretung der Standesinteressen des alten Offiziersstandes und die Pflege des vaterländischen Geistes. Die Satzungen lauten:

„Ein Bundesmitglied, das sich an Bestrebungen, die gegen den Offizierstand oder den vaterländischen Gedanken gerichtet sind, beteiligt oder auch nur einer Vereinigung angehört, die solchen Bestrebungen huldigt und diese dadurch fördert, schädigt die Interessen des Bundes und kann gemäß § 6 d der Satzungen im Bunde nicht geduldet werden.“

Die deutschen Offiziere haben also schon ihre Courage. Energisch gehen sie gegen alle vor, die — im Verdacht einer anständigen Gefinnung stehen. Republikaner, die sich an der Pflege des vaterländischen Gedankens nicht ausreichend beteiligen, werden aus der Organisation der deutschen Offiziere entfernt. Wer einer entsprechenden Vereinigung angehört, verfehlt die Standesehre von 1874. Der Standesehre widerspricht es dagegen nicht, wenn vornehmlich von Offizieren gebildete Vereine, wie z. B. der „Kaiserliche“ Putschklub, den Leutnant Tyllesen, den Rörger Erzbergers, den Leutnant Killinger, der rühmliche Taten ähnlicher Art auf dem Kerbholz hat, und selbst den seige ausgerissenen Wilhelm zu ihren Mitgliedern zählen.

So sehen die Courage und die Ehre einer faulen und geistig wie moralisch abgestorbenen Masse aus. Ihre Courage äußert sich in Handlungen der Freigebit und die ihnen eigentümliche Ehre wird dadurch nicht befestigt.

## Kein Krebsgang

In Nr. 325 der „Freiheit“ wandten wir uns in einem Artikel „Krebsgang“ dagegen, daß die Schulabteilung des Reichsministeriums des Innern innerhalb der Grundschule eine Sonderng der Schüler zu dem Zwecke anstrebt, bestimmte Schüler auf den Eintritt in die höhere Schule vorzubereiten. Die von uns gemachten Angaben stützen sich auf Mitteilungen des „Zeitungsdienstes des Deutschen Lehrervereins“. Eine neuere Nummer des Zeitungsdienstes erklärt nun aber, daß diese Mitteilungen irrtümlich gewesen sind. Herr Staatssekretär Schulz aus dem Reichsministerium des Innern habe sogar mit Bestimmtheit erklärt, daß eine Sonderng der Schüler innerhalb der Grundschule in der dargestellten Form nicht erfolgen darf.

Wir nahmen von dieser Berichtigung gern Kenntnis, möchten aber doch festhalten, daß von irgendeiner, leider nicht deutlich erkennbaren Seite eine solche Anregung ausgegangen sein muß, denn sonst hätte sich wohl Schulz nicht zu der erwähnten Versicherung ver-

anlaßt gesehen. Das zeigt also, daß die Gegner der Grundschule — dieser sehr bescheidenen Reform an unserem Schulwesen — nicht ruhen, sondern ewig bohren, um den Sinn der Grundschule mit den raffiniertesten Mitteln in sein Gegenteil zu verkehren. Es ist gut, wenn Schulz wachsam bleibt, aber es ist auch notwendig.

## Die neuen Posttarife

### Zurückstellung der Zeitungsgebühren

Im Reichstagsausschuss für das Postgebiührengesetz begründete der Reichspostminister in ähnlichen Ausführungen wie kürzlich im Reichsrat die Notwendigkeit der erheblichen Erhöhung der Gebühren seiner Verwaltung. Ein Unterausschuss, dem ein Vertreter jeder Partei angehörte, wurde sofort gebildet und mit der Prüfung der einzelnen Gebührensätze beauftragt. Es bestand Uebereinstimmung in diesem Ausschuss darüber, daß die meisten Vorschläge in der vorgesehene Höhe angenommen werden können. Nachdem die Kommission zu der Frage Stellung genommen haben werden, wird der Ausschuss vermutlich heute seine Beratungen beenden. Die Frage der Zeitungsgebühren soll jedoch später für sich behandelt werden und es ist, wie der Ausschussbericht ausführt, nach der Stimmung bei den Parteien anzunehmen, daß sie aus der gegenwärtigen Vorfage herausgenommen werden.

## Internationale Tagung in Frankfurt

Am Sonnabend tritt in Frankfurt a. M. die Internationale Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien (Wiener Arbeitergemeinschaft) zusammen. Zu dieser Tagung treffen u. a. von: Gustav Frankel, Wallhead-England, Grimmschweiz, Dr. Adler-Wien und Crispian und Ledebour aus Berlin ein. Neben anderen wichtigen Fragen soll auch das Reparatursproblem behandelt werden. Am Sonntag vormittag findet eine große Massenkundgebung in der Festhalle statt.

## Die Rappisten vor dem Reichsgericht

Leipzig, 16. Dezember.

Der Präsident eröffnet die Sitzung kurz nach 10 Uhr und eröffnet die Beweisnahme wieder für eröffnet, da inzwischen dem Gerichtshof noch ein Telegramm des Generals von Hülsen sowie ein Schreiben des Geheimrats Meißner und des Pfarrers Traub zugegangen sind. In dem Telegramm des Generals von Hülsen wird die Aussage des Herrn Dr. Siedel um bezüglich der Fahrt in die Reichsanzlei mit Ludendorff als irrtümlich bezeichnet. Er, aber nicht Ludendorff, habe mit Lüttich im Auto gefahren. Die Beweisnahme wird sodann wieder geschlossen.

### Der Oberreichsanwalt

ergreift das Wort. Den drei Angeklagten wird vorgeworfen, daß sie es unternommen haben, die Verfassung des Reiches gewaltsam zu ändern. Daß der § 81 II des Strafgesetzbuches noch in Geltung ist, kann nicht bezweifelt werden. Es ist in früheren Prozessen von Seiten der Verteidigung behauptet worden, daß dieser Paragraph nur die frühere monarchische Verfassung zu schütze bestimmt sei. Diese Auffassung ist absolut falsch. Der § 81 II schützt die jeweils zur Zeit der Begehung eines Hochverrats bestehende Verfassung; das hat das Reichsgericht klar und unabweislich ausgesprochen. Der Begriff eines hochverräterischen Unternehmens ist ein kritischer; die Rechtsprechung versteht darunter Versuch und Vollendung. Das Schrifttum versteht darunter auch vorbereitende Handlungen.

## Die Hochbahner-Bewegung

### Neue aussichtsreiche Verhandlungen

Wie wir kurz vor Schluß des Blattes erfahren, ist es durch das Eingreifen des künftigen Verkehrsamtes gelungen, die Situation einigermaßen zu klären und neue Verhandlungen zustande zu bringen. Soweit sich die Lage in diesem Augenblick, da die Verhandlungen zwischen Direktion und Gewerkschaften soeben begonnen haben, beurteilen läßt, besteht die Möglichkeit der Beilegung des Konflikts. Jedenfalls wird bis zur heute abend stattfindenden Sitzung der Funktionäre des Verkehrswezens eine weitere Klärung der Lage eingetreten sein.

## Arbeiter-Büchertisch

(Erscheint jeden zweiten Freitag)

### Wege zu Rußland

Die Grundlage unserer Einführung in das Phänomen Rußland wird immer die genaue Kenntnis der russischen Literatur sein müssen. Daran hat es gefehlt und fehlt es noch. Nur so konnte kommen, daß ein Satiriker vom Range Saltykows, den ich hier neulich angezeigt habe, bis vor kurzem den Deutschen verschlossen blieb. So konnte es kommen, daß Dostojewskis „Tagebuch eines Schriftstellers“ erst 1921 ins Deutsche (von Alexander Glasberg) übertragen wurde. (Der erste Band aus dem Jahre 1873 erschien im Münchener Maxarion-Verlag.) Dostojewskis schrieb dieses Bekenntnisbuch Woche für Woche, als er Redakteur des „Grafhdanin“ (Staatsbürger) geworden war. Es ist kein intimes Tagebuch wie das Tolstois, sondern das eines Schriftstellers, eines Erzählers seines Volkes. In Aufsätzen, Ausrufen, Novellen (die geniale Friedhofsgeschichte „Bobol“ ist darunter) spricht er zu ganz Rußland und spricht ganz Rußland aus ihm, ob er nun von der äußeren und inneren Politik, der Literatur und der Materie seines Landes, von der Tendenz in der Kunst, von der Lage, von der Trunkenheit reden mag. Immer ist Rußlands unsterbliche Seele da. Dst sagt er, Rußland, seine Dichtung und bildende Kunst müsse Westeuropa unverstänlich sein, er zeigt die Verschiedenheiten schon in dem einen Zug, daß das russische Volk die Verbrecher „Unglückliche“ und das Verbrecher „Unglück“ nenne, was nirgends sonst in Europa gefesse.

Wie man in ihm Rußland findet, so findet man es auch in den „Volks Erzählungen“ Tolstois, die die Schlichtheit und Kraft eines Evangelisten haben, die in unserer Zeit, in der immer wieder Literatur für Literatur geschrieben und gedruckt wird, ein ganz seltenes wunderbares Ereignis sind. Die neue, im Berliner Furche-Verlag erschienene Ausgabe ist vollständig, enthält auch die Texte zu den Volksbildern. Die Uebersetzung von Glasberg und Barman ist gut, bis auf die Titelgebung der Meistergeschichten. „Wozel Erbe braucht der Mensch?“ Vorher heißt dafür „Braucht der Mensch viel Erde?“ Das ist vielleicht wörtlich überseht, aber der Sinn im Deutschen (und jede Sprache hat ihren eigenen Geist) ist dadurch empfindlich abgeschwächt.

Auch Anton Tschekow ist, obwohl er manchmal keine Geschichten wie einer der großen Franzosen pointiert, durchaus Russe: in seinen Dramen und in der Fülle seiner Erzählungen, von denen jetzt eine fünfbandige Ausgabe, herausgegeben von A. Glasberg, im Kurt Wolff-Verlag München erschien. In Anton Tschekow, ob er nun von Bauern oder Kindern oder Verkommenen oder Großstadtmenschen oder Landbesitzerinnen handelt,

ist der russische „Nihilismus“ auf eine ganz besondere Art überwand, in der Zukunftsmuß enthalten sein mag. Die Verweigerung macht einen Todesprung, und siehe, plötzlich beginnt sie zu leuchten, zu lachen, schön zu lachen, wie ein Mensch lacht, mit Wunden, aber ausgefüllt mit den Dämonen. Das Ich lacht aus der grauen Schlucht, in die es das Leben schleuderte, wieder auf, aber es ist nicht mehr so wichtig, es löst sich leicht in den Schwingungen der Sphären auf, und nur ein großes wehmütiges Leuchten bleibt. Das wirkt auf uns Westeuropäer schon wie Ästen, ist aber noch Rußland, weil ebensoviele Europa wie Ästen in Rußland ist. Und diese Hochzeit zweier Erdteile im Innern der russischen Menschen ist das für uns so Geheimnisvolle der russischen Volksseele. Oskar Maurus Fontana

Georg Schweinfurth: Auf unbetretenen Wegen in Ägypten. Aus eigenen verschollenen Abhandlungen und Aufzeichnungen. Mit Abbildungen nach Photographien und Skizzen von eigener Hand. Verlag Hoffmann u. Campe, Hamburg und Berlin. 330 Seiten. Preis gebunden 45.— Mark.

Schon vor längerer Zeit wurde das vergessene Werk „Im Herzen Afrikas“ neu herausgegeben und der Verfasser konnte bemerken, daß sich im Reich der Rombutu, daß er in diesem Buche so anschaulich beschrieben, bis heute fast nichts geändert habe. Schweinfurth liebte eben die unbegangenen Wege, wo es für den „Laubesser“, so nannten ihn seine Gastfreunde wegen seiner Pflanzenkenntnis, noch neue Pflanzen zu entdecken und neue Menschenstämme zu erschließen gab. War es doch Georg Schweinfurth, der durch die Mitteilungen über das afrikanische Zwergvolk der Affa, die schon von Herodot erwähnten Bogmaden als lebendige Menschen und nicht als Fabelwesen erwies. Es zeugt für das große Talent der Menschendebildung, daß Schweinfurth sich nicht nur der Karawane eines arabischen Händlers anschloß, sondern längere Zeit bei dem gefährlichen Despoten der Rombutu unangefochten weilen konnte. Das Gebiet am oberen Nil gehört nicht zu den ungefährlichen, sowohl seiner geographischen Verhältnisse wegen, wie auch wegen seiner kräftigen kriegerischen Bevölkerung. Die jetzt gesammelte vorliegenden Reindrucke führen uns in das unbetretene Ägypten vor allem an die Küstenstriche am Roten Meer, als Ägypten noch türkische Provinz war und dem Namen nach dem Sultan gehörte. Aber die Araber jener Landstriche waren von jeher wie alle Nomaden, selbständig. Eigenartige Einblicke in das Leben dieser Gegenden, vor einem halben Jahrhundert, bietet uns Schweinfurth, den vor allem Pflanzen und Tiere interessieren. Aber auch wichtige Reste alter Kulturen des Nillandes erkennen vor unseren Augen und zeigen uns, mit wie viel Fäden unsere Gegenwart mit diesem Teil des dunklen Weltteils, mit dieser Nilose verbunden ist. Schweinfurth behauptet als einer der wenigen seine Fesseltöchter, in denen angeblich der heilige Antonius lebte, dessen Schicksal uns Flaubert und Anatole France gedichtet haben. Er führt uns in die Ruinen einer alten Kometstadt und zeigt uns, zu welcher technischen Leistungen die Stannwirtschaft der Antike gelangte. Auch der altägyptische Staudamm,

den auch winterreisende Europäer besuchen können, gibt uns manche Frage an der Technik auf. Von allgemeinem kulturgeschichtlichem Interesse sind die riesigen Grabstätten, in denen die Toten verschiedener Völker und Kulturen bestattet sind. Der Totenkult gibt dem Kundigen ein gutes Bild der Geisteskultur einer Epoche. Die Schweinfurthschen Aufzeichnungen lassen wiederum erkennen, wie viele große Aufgaben von der vergehenden Völkerverwelt, der vergessenen Kulturforschung und Sozialgeographie noch zu lösen sind. Aber der Schieber von heute reist lieber per Kamel zu den Pyramiden von Gize, auf die er von armen Arabern geschleppt wird und er fährt im Luxusfahrzeug den Nil hinauf nach dem Staudamm von Assuan, den er pflichtschuldig bewundert. Auf der Terrasse des Grand-Hotel in Kairo schreibt er dann die Anhalteliste mit den Wundern Ägyptens, falls nicht eine Demonstration der ägyptischen Nationalisten seinen Baufrieden stört. Wir Proletarier müssen uns mit Buchreife begnügen und die Werke Schweinfurths aus der Bibliothek entleihen, wenn wir sie nicht auf den Weihnachtsstisch legen können. Wir haben aber bei diesen Buchreife mehr Genuß, als die Luxusbummler. Wir werden im Verein mit den erwachenden Völkern Ägyptens einst Ruhe haben, die jahrelangen Fragen der Kultur- und Vorgeschichte dieses großen Erdteils zu erschließen. D. Jenßen

Hugo Sonnenstein: Die goldenen Ritter der Freiheit. Tagebuch meiner Kuttienberger Fahrt 1921. Leipzig und Wien, Vega-Verlag.

Dieses Tagebuch aus dem Gefängnis, in das Sonnenstein nicht wegen einer politischen Betätigung, sondern nur wegen des Verdachtes einer politischen Betätigung geworden wurde, ist ein aufregendes und aufschlußreiches Dokument eines leidenden Menschen, der unter dem Unrecht, das der Welt geschieht und ihm geschieht, leidet. In keinem Tagebuch ist das Gefängnisleben nicht als individuelle Reaktion (wie in Wildes „De profundis“), sondern sozusagen als soziale Laus gegeben. Hier fühlt man einen warmen Menschen, einen Dichter mit Allgemütsgefühl. Zugleich ist das Tagebuch ein unerhittlicher Querschnitt durch den ägyptischen Staat, der sich als Renaissanceland des alten Oesterreich mit seinem verrotteten Bureaucratismus entpuppt. So wird dieses Tagebuch für alle Politiker eine Warnung, daß nie eine neue Gesellschaft mit den Beamten der alten werden kann. O. M. F.

Leo Matthias: Genie und Wahnsinn in Rußland, Verlag Ernst Kewohl, Berlin W 35.

Leo Matthias ist ein bühnen Dichter, ein bühnen Philosoph und ein bühnen Journalist. Sein Buch ist daher ein Gemisch von Dichtung, Journalismus und Philosophie. Er schreibt, wenn er die führenden Männer Sowjetrußlands talch skizziert und sie dabei hinstellt als ob sie Romangestalten wären. Dafür versteht er es mit der Geschicklichkeit des Journalisten, der gewohnt ist große Ereignisse in eine kurze Zeitungsnote zu pressen, aus der Fülle des Geschehenen kleine Bilder herauszugreifen, die ein schaulustiges Publikum interessieren können. Zwischen durch verliert er sich in eine fruchtlose und den Leser nicht selten ermüdende Philosophiererei und schweift weit von seinem eigentlichen Gegenstand ab. So fängt der Abschnitt: „Das religiöse

# Hermes als starker Mann

Der Finanzminister

lehnt die Verhandlungen mit den Beamten ab

Die Spitzenverbände der Beamten, Arbeiter und Angestellten haben am 3. Dezember in einem Schreiben an die Reichsregierung neue Forderungen für die Beamten und Arbeiter in den Staatsbetrieben erhoben. Auf dieses Schreiben hat der Herr Reichsfinanzminister Hermes mit einem Briefe geantwortet, der folgendermaßen lautet:

„Ich sehe mich zu meinem Bedauern nicht in der Lage, auf der Grundlage der in diesem Schreiben enthaltenen Vorschläge in Verhandlungen mit den Spitzenverbänden einzutreten. Die Dienstbezüge der Beamten sind durch das Reichsgesetz vom 21. November, also erst vor wenigen Wochen, grundlegend neu geregelt worden. Die diesem Reichsgesetz entsprechende Aenderung der Landesgesetze haben bisher nur zu einem ganz geringen Teil vorgenommen werden können. Gleichwohl wird schon jetzt wieder eine Erhöhung der Beamtenbezüge und der zugleich mit ihnen geregelten Bezüge der Arbeiter und Angestellten unter grundsätzlicher Abänderung des Besoldungsgesetzes gefordert. Dabei muß es besonders auffallen, daß dieselben Verbände, die jener Neuregelung mit Wirkung vom 1. Oktober ab zugestimmt haben, nun unter Beiseiteziehung des eben erst beschlossenen Abkommens wiederum eine Neuregelung ab 1. Oktober verlangen. Ein Versuch, die Notwendigkeit für Gehalts- und Lohnerhöhungen in den geforderten Ausmaßen näher zu begründen, ist in dem Schreiben vom 3. Dezember nicht unternommen worden. Weder die Ergebnisse der Steuerungsstatistik noch die Vergleichung mit den Bezügen der Angehörigen freier Berufe, wenn man einige wenige besondere Fälle außer Betracht läßt, rechtfertigen die neuen Forderungen. Die Nachprüfung und Berechnungen der jüngsten Zeit haben vielmehr ergeben, daß die Arbeiterlöhne des Reiches im allgemeinen, selbst in den größeren Städten, von Konjunkturindustrien abgesehen, die Lohnhöhe der in Privat- und in stehenden Arbeiter noch durchaus halten und in den mittleren und kleineren Städten sogar nicht unerheblich übersteigen. Trotzdem werden für die große Mehrzahl der Beamten Erhöhungen von mehr als 50 vom Hundert, in manchen Fällen sogar mehr als 70 vom Hundert der vor wenigen Tagen neu festgesetzten Gesamtbezüge und für die Arbeit ein Lohnzuschlag von 3,40 M. für die Stunde, das ist ebenfalls eine Erhöhung von 48-73 vom Hundert der neuen Gesamtbezüge, gefordert. Bei Bewilligungen dieser Forderung würde sich der Gesamtaufwand des Reiches, der Länder und der Kommunen auf 50-60 Milliarden Mark berechnen. Die Forderungen lassen die gebotene Rücksichtnahme auf die allgemeine Volkswirtschaft, auf andere Kreise der Bevölkerung, auf die Finanzlage des Reiches und auf unsere auswärtige Lage vermissen.

Es ist mir daher, wie ich schon eingangs erwähnt habe, nicht möglich, sie als Grundlage für neue Verhandlungen anzusehen. Selbstverständlich verfolge ich, entsprechend der von der Reichsregierung stets eingenommenen Haltung und in Uebereinstimmung mit den in der Entschließung des Reichstages vom 11. November 1921 niedergelegten Wünschen, ständig und aufmerksam die wirtschaftliche Lage der Beamten, Arbeiter und Angestellten des Reiches. Ich werde deshalb von mir aus rechtzeitig die als möglich und angemessen erscheinenden Vorschläge machen und hierzu mit den Spitzenverbänden in Verbindung treten, wie ich andererseits stets bereit bleibe, geeignete Vorschläge als Grundlage für Besprechungen entgegenzunehmen.“

Dieser Brief wirkt wie ein Selbstportrait des Herrn Hermes, und dieses Bild zeigt uns den Mann so, wie wir ihn immer gesehen haben.

Herr Hermes behauptet lähn, er beobachte ständig und aufmerksam die wirtschaftliche Lage der Beamten, Arbeiter und Angestellten des Reiches. Wenn er das täte, dann hätte er in seinem Briefe nicht gleichzeitig die dumme Bemerkung gemacht, der Versuch, die Notwendigkeit für Gehalts- und Lohnerhöhungen zu begründen, sei in dem Schreiben der Spitzenverbände nicht unternommen worden. Wer die allgemeine wirtschaftliche Lage und insbesondere die Lage der Staatsbediensteten beobachtet, der findet die Begründung für die Gehaltsaufbesserung in dem offen zutage liegenden Geld, von dem die Masse der unteren und mittleren Beamten, der Arbeiter und Angestellten verfolgt wird.

Aber das mag nur eine faule und dumme Ausrede sein. Ganz ungehörig und mit aller Schärfe zurückzuweisen ist es aber, wenn der Finanzminister erklärt,

er werde von sich aus „rechtzeitig die als möglich und angemessen erscheinenden Vorschläge“ zur Aufbesserung der Beamtengehälter machen. In Verbindung mit der offenen Ablehnung der Verhandlungen mit den Spitzenverbänden bedeutet dieser Satz, daß der Herr Finanzminister mit den Gewerkschaften der Beamten überhaupt nichts zu tun haben will, daß er ihnen das Recht zur Erhebung von Forderungen und zur Vertretung der Interessen der Beamtenschaft abspricht und ihnen die Möglichkeit zu solcher Interessendvertretung nimmt, daß er der Ansicht ist, die Beamten müßten geduldig warten, bis es dem Herrn Finanzminister gefällt, die wirtschaftliche Lage geprüft und Gehaltsaufbesserungen für notwendig befunden zu haben. Das ist die Beseitigung der durch die Verfassung garantierten Koalitionsfreiheit der Beamten durch einen Federstrich des Herrn Hermes.

Die Spitzenorganisationen unter Führung des Deutschen Beamtenschaftsbundes haben beschlossen, trotz dieses ablehnenden Bescheides erneut das Ersuchen an die Reichsregierung zu richten, daß Verhandlungen über ihre nach wie vor unveränderten Forderungen baldmöglichst stattfinden mögen. Wir hoffen aber, daß die Beamten und Arbeiter auf diese Herausforderung durch den immer noch provisorischen Finanzminister auch noch eine kräftigere Antwort haben werden.

## Das Echo in England

London, 16. Dezember.

„Times“ sagt in einem scharfen „Ein neues deutsches Nein“ überschriebenen Leitartikel, der gegenwärtige Augenblick, wo die Premierminister Englands und Frankreichs daran seien, die wirtschaftliche Lage zu erörtern, sei von der deutschen Regierung nicht sehr glücklich gewählt, um ihre Absicht zu verkünden, einen Akt betrügerischen Bankrotts zu begehen. Die Mitteilung der deutschen Regierung werde niemanden in England oder Frankreich zu größerer Milde gegenüber dem Ausflücht machenden deutschen Schuldner veranlassen. Heber die Antwort der Alliierten könne kein Zweifel herrschen. Die deutsche Regierung sei zwar arm, aber ihre Armut sei auf ihr eigenes Verhalten zurückzuführen. Die Alliierten würden sich nicht trennen und sich nicht zum Karren halten lassen. Das Heilmittel werde im Friedensvertrag von Versailles und im Abkommen vom Mai angegeben. Es bestehe nicht der geringste Grund, daran zu zweifeln, daß das Mittel, wenn nötig, angewendet werden würde. Die Franzosen seien unbedingt entschlossen, die Bezahlung zur festgesetzten Zeit zu erzwingen, und kein Minister könne der Entschlossenheit Frankreichs, selbst wenn er dazu Neigung haben sollte, Widerstand entgegenzusetzen. „Westminster Gazette“ schreibt: Für die englischen Reaktionskreise bedeutet die Erklärung des Reichsfinanzministers keine Ueberbückung. Der Hauptteil der Verantwortung für die Lage treffe die alliierten Staatsminister. Wenn Deutschland nicht zahlen könne, so sei jetzt die Zeit für England und Frankreich gekommen, eine Politik zu finden, die den Tatsachen Rechnung trage. Wenn trotzdem Zweifel daran bestände, daß die deutschen finanziellen Hilfsmittel tatsächlich zusammengebracht seien, so solle ein Sachverständigenrat, das sich aus den Nationen zusammensetze, die an dieser Frage nicht interessiert seien, eine Untersuchung anstellen. Unter Hinweis auf die letzte Rede Churchills zum Reparationsproblem schließt die „Westminster Gazette“, welchen Zweck es hat, wenn Mitglieder der Regierung große Reden halten und auf ihre Worte keine Taten folgen lassen.

## Kleine Nachrichten

Zum Präsidenten des neu gewählten hessischen Landtages wurde der bisherige Präsident Adeling (Soz.) wiedergewählt. Zu Vizepräsidenten wurden die Abg. Scherr (Zentr.) und Müller (Bauernbund) gewählt.

Der schweizerische Bundespräsident für 1922. Die vereinigte schweizerische Bundesversammlung wählte am Donnerstag Bundesrat Haab zum schweizerischen Bundespräsidenten für das Jahr 1922 zum Vizepräsidenten Bundesrat Scheurer. — Bundesrat Haab war 1917/1918 schweizerischer Gesandter in Berlin.

Das Gehalt des Reichspräsidenten. Im Hauptausfluß des Reichstages teilte die Regierung mit, daß sie von den Deutschen Werten künftig einen Ueberfluß erwarte. Das Gehalt des Reichspräsidenten wurde auf Zentrumsantrag auf 500 000 Mark festgesetzt, die Aufwandsgehälter auf 400 000 Mark.

## Kleine Chronik

Soeben ist im Verlag von J. H. W. Dieck Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart in neuen Ausgaben erschienen: Die Technik in der Urzeit und aus primitiven Kulturkreisen von Lewin Dorch und Heinrich Cunow. In drei farbigen Bänden 24 Mark. 1. Band: Das Feuer. Der Wohnungsbau. 2. Band: Nahrungserzeugung und Ernährung. 3. Band: Entstehung der Waffen. Körperkultur. Die Technik der Kleidung. Der Stoff ist in leichtverständlicher Form, dabei gründlich-wissenschaftlich behandelt.

Vom Kleinstpreisträger Paul Gurf erscheint in Kürze bei Desterfeld u. Co., Berlin W 15, das Drama: „Thomas Münzer“. Inge von Hohendorffs Dramen, die vom Vertrauensmann der Kleinstiftung ehrend erwähnt wurden, sind im gleichen Verlage in Buchform bereits erschienen.

Neue Zeichnungen von Kolschka enthält das Novemberheft des „Kunstblattes“, (Verlag Kienast, Potsdam). Es ist ein ungewöhnlicher Genus, den die reife Zeichnung dieses modernen Meisters bietet. Ihre Kühle, verzierrichte Klarheit wird auch dem naivsten Betrachter beseligend. Bibliotheken sollten das „Kunstblatt“ in ihren Zeitschriftenverzeichnissen aufnehmen.

## Beachtenswerte Neuerscheinungen

- Kudolf Koldschied: Trauen, Freileben und Freie. Nr. 24 der neuen Zeitschriftenreihe „Der Kämpfer“. Ansgar-Verlag, Witten. 48 Seiten. Preis 10 und 20 Pfennig.
- Dr. E. Köllinger: Blumens und die Jahre. Dietrich Reimer. Verlag Berlin 1921.
- Paul Kammerer: Sind wir Sklaven der Vergangenheit oder Werkmeister der Zukunft? 32 Seiten. Ansgar-Verlag, Witten. 48 Seiten.
- Paul Kirsch: Die Kolonien der Kolonien. Eine humorige und satirische Erzählung für die Arbeiter- und Fortbildungskolonien. 47 Seiten. 4 M. Verlag des Völkervereinigungsbundes, Leipzig.
- Elisabeth Murrar: Das Problem der ökonomischen Politik. Aus dem Englischen überlegt von Luise Kautzke. Berlin 1922. Buchhandlung Vorwärts G. m. b. H.
- Paul Dreier: Zur Produktionslehre. Verlag für Sozialwissenschaft. Berlin SW 68 1921.
- Dr. Rudolf Kimmann: Gemälde und ihre Meister, die unsere Jugend kennen sollte. Mit 8 farbigen und 40 schwarzen Reproduktionen. Verlag Vorwärts, Berlin.
- Walter Thomas: Das Schenkungsproblem. 104 Seiten. broschiert 10 M., geb. 25 M. Verlag J. H. W. Dieck Nachf., Stuttgart.
- Adreas Walthers: Das Kulturproblem der Gegenwart. Verlag Friedrich Kaerens Verlag G. S., Göttingen.

## Gleichstellung der Lehrerinnen

Von einer Lehrerin wird uns geschrieben: Vor einigen Tagen fühlte ich Stadtverordneter Goh veranlaßt, die Tätigkeit der Kommunisten in der Zentralen Schuldeputation herauszufordern. Er berichtete in der „Roten Fahne“, daß bei der Abstimmung über einen kommunistischen Antrag, der Gleichstellung von Lehrerinnen und Lehrern an Volksschulen forderte, er sogar von den Unabhängigen im Stich gelassen worden sei. Durch die Annahme des kommunistischen Antrages wäre außerdem keine Mehrzahl zustande gekommen, sondern die Stadt hätte im Gegenteil zehn Millionen erspart. Ein genialer Gedanke — Verbesserung der Gehälter der Volksschullehrerinnen und dabei noch jährlich zehn Millionen Mark Ersparnis. Wie ist das möglich?

Bei der letzten Besoldungsregelung geben die Lehrerinnen nur noch zwei Stunden wöchentlich weniger als ihre männlichen Kollegen und erhalten neun Zehntel vom Gehalt eines unverteichteten Lehrers. Die Lehrer haben jedoch berechnet, daß die Lehrerinnen in einigen Gehaltsstufen pro Stunde mehr verdienen als sie und verlangten Neuregelung der Pflichtstundenzahl. Nun beantragte Stadtverordneter Goh: Jede Lehrerin gibt wöchentlich zwei Stunden mehr — also 28 Stunden wöchentlich wie die Lehrer — und wird dieselben im Gehalt gleichgestellt. Bei einer solchen Maßnahme würde die Stadt weniger Lehrkräfte brauchen und trotz Erhöhung des Lehrerinnengehaltes zehn Millionen für andere Zwecke freimachen können. Wer den Lehrerberuf kennt, weiß aber nun, daß eine Pflichtstundenzahl von 28 in der Woche zu hoch bemessen ist; denn mit den Unterrichtsstunden in der Schule ist die Tätigkeit des Lehrers noch lange nicht beendet. Seine Arbeitszeit muß so geregelt werden, daß ihm ausreichende Kraft und Frische für die Arbeit in der Schule bleibt, da ein überarbeiteter Lehrer den Kindern nichts nützt, sondern schadet. Das Interesse der Volksschulkinder und -lehrer erfordert, daß die Stundenzahl der Lehrer auf 26 ermäßigt, das Lehrerinnengehalt aber erhöht wird. Dann bekommen wir eine Gleichstellung von Lehrerinnen und Lehrern ohne Ersparnisse. So muß es sein.

Die Unabhängigen wollen nicht, daß die Volksschulen und ihre Lehrer länger als Stiefkinder behandelt werden. Die Möglichkeit des Sparens ist trotzdem vorhanden. Wir Volksschullehrer und -lehrerinnen wollen aber den Studentat Goh auf etwas anderes hinweisen. Es gibt in Berlin eine ganze Anzahl von Studienrätinnen, Oberlehrerinnen und Lehrern an höheren Schulen, die an Gehalt ungleich mehr verdienen als wir „einfache“ Lehrer; ihre Pflichtstundenzahl aber ist geringer als unsere. Da kann wirksamere gepart werden, als an der ohnehin schon kümmerlich behandelten Volksschule!

## Der Stich ins Herz

Ein Menschenleben — 200 Mark!

Mit der Frage, ob eine in Furcht, Verzweiflung oder Schrecken begangene Uebertretung der Notwehr, die sogenannten Notwehr, vorliegt, hatten sich gestern die Geschworenen zu beschäftigen. Angeklagt wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang war der Kaufmann Franz Hein aus Berlin-Görlitz. In der Nacht zum 8. August d. J. suchte der Angeklagte in Begleitung des Oberpostinspektors H. und des Friseurs E. die in Südben gelegene Schantwirtschaft von Strauß auf. Hier geriet er mit dem Kaufmann Rohr in einen Streit, da dieser ihn beschuldigte, er habe durch seine, des Angeklagten, Schuld beim Spiel verloren. Der Streit setzte sich dann auf der Straße fort, und es kam zu einem Handgemenge. Bei dem Rohr dem Angeklagten einen Stoß auf die Brust versetzte. In diesem Augenblick rief Hein dem R. sein Taschenmesser in die linke Brusttasche um dann davonzulaufen. Rohr taumelte einen Augenblick und brach dann tot zusammen, da das Messer das Herz verfehlt hatte. Der Gericht trat die Rechtsanwältin Justizrat Bronker und Dr. Frosch einen umfangreichen Beweis dafür an, daß sich der Angeklagte dem ihm gegenüberliegenden Rohr gegenüber in der Notwehr, zum mindesten in Notwehr befunden habe. Dem Wahrpruch der Geschworenen gemäß wurde Hein freigesprochen und nur, da man bei ihm eine Pistole gefunden hatte, wegen unbefugten Waffenbesitzes zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt.

## Neuer Presseklatsch über Adolph Hoffmann

Adolph Hoffmann sendet uns nachstehende Zuschrift:

Nachdem in der letzten Zeit von der Lügenpresse eine Latarennachricht nach der andern über meine Person in die Welt geleht ist, Verächtigungen aber, sogar wenn sie seitens der Behörde erfolgten, so gleichschwiegen wurden, haben sich jetzt die Herren selbst überstossen.

Die „Tägliche Rundschau“, „Der Westen“, „Die Gesellschaft“ (lehrtens von einem leidhaftigen, noch aus der „alten guten Zeit“ stufenden Holrat namens Richard Dietrich herausgegeben) bringen die Nachricht, Adolph Hoffmann als Rittergutsbesitzer. Danach soll ich das große Rittergut Bamitz in Pommern käuflich erworben haben. Auch diese, alle bisherigen Lügen übersteigende Nachricht wird natürlich nur in die Welt geleht, um glauben zu machen: So haben sich die Männer der Revolution bereichert! Bei der Diebstahlsaffäre war wenigstens die Tatsache wahr, daß überhaupt eingebrochen ist, wenn ich mir auch heute noch vergebens den Kopf zerbreche, wie die Diebe es fertig bekommen haben, mir drei Dutzend Oberhemden zu stehlen, wo ich nur drei Stück besitze, deren Mitnahme sie verschmähten. Die neueste Geschichte vom Rittergut ist von A bis Z glatt erfunden.

Ich habe den obigen Blättern die Berichtigung zugesandt, daß ich weder Reingung noch Mittel besitze, das Rittergut Bamitz oder irgend ein anderes zu kaufen. Die „Tägliche Rundschau“ konnte sich nicht verkneifen, neben anderen Bosheiten mit folgendem Satz zu schließen: „Wahrscheinlich hat Frau Hoffmann auch in der Güterfrage im Gehen sah zu Meister Adolph Reingung und Mittel.“

Ich erkläre, daß diese weder bei meiner Frau, meinen Kindern, noch allen Verwandten auf- und absteigender Linie vorhanden sind.

An die Arbeiterpresse wende ich mich mit der Bitte um Veröffentlichung, um die Leser derselben in die Lage zu versetzen, den Verkaufern, wenn sie mit dieser Nachricht im Trüben fischen wollen, das Handwerk zu legen.“

Hochverordentliche Stadtverordnetenversammlung. Am nächsten Dienstag, den 20. d. M., findet eine außerordentliche Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung statt, zur Erledigung dringender Vorlagen und am Donnerstag, den 22. d. M., eine ordentliche Sitzung für die Verabschiedung der nicht erledigten Vorlagen und Anträge.

Wegen eines sehr gefährlichen Brandes wurde am Freitag vormittag um 8 Uhr, die Berliner Feuerwehr nach dem Moritzplatz alarmiert. Dort standen die Räume der Bettfedernfabrik von Gustav Lustig, Prinzenstr. 46/47, in solcher Ausdehnung in Flammen, daß die Löschzüge 1, 5 und 11 sofort mit mehreren Schlauchleitungen Wasser geben mußten.

Schadenfeuer. Wegen eines großen Dachstuhlbrandes wurden gestern nachmittag die Wehren von Wilmersdorf und Schöneberg nach der Prinzregentenstraße, Ude Badische Str. 42, alarmiert, wo durch die Unvorsichtigkeit eines Klempners, dessen Latampe explodierte, das Feuer ausgebrochen war. Der Klempner konnte sich nur durch eilige Flucht in Sicherheit bringen. Als die Wehren an der Brandstelle anlangen, stand der Dachstuhl des Gebäudes total in Flammen. Diese hatten an den Inhalt der Bodenbänke und der Dachkonstruktion vorher so reiche Nahrung gefunden, daß mit 6 Schlauchleitungen Wasser gegeben werden mußte, um die Gefahr für die angrenzenden Grundstücke zu beseitigen.

Voranschlägliche Wetter für Berlin und Umgegend am Sonntagabend. Nieselnd trübe und neblig mit geringen Niederschlägen, möglichen Südwestlichen Winden und langsamer Erwärmung.

Problem“ mit der Einführung des Christentums in Rußland (im Jahre 988) an und endet mit einem Gespräch zwischen einem Bischof und zwei Kommunisten. Wenn er über „Proletkult“ spricht, gibt er fast eine kleine russische Kunstgeschichte in der Westentasche. Jener Teil des Publikums, der heber Interessantes als Konkretes liebt, wird das Buch sicher gerne lesen. Wir aber müßten lieber ein Buch über das jetzige Rußland haben, das anstatt literarischer Betrachtungen zuverlässige Daten bringt. Ein Buch von keinem Dichter, von keinem Philosophen und keinem Journalisten geschrieben. Vielleicht von einem Politiker, der das frühere Rußland gut kennt und das jetzige kühl und objektiv behandelt kann.

Maria Krüger: Die sexuelle Frage in der Erziehung. K. Hoffmanns Verlag, Preis 1,50 M.

Es ist klar, daß man in einer Broschüre von 16 Seiten „Die sexuelle Frage in der Erziehung“ die Wichtigkeit des Problems nur andeuten kann. Maria Krüger bringt im wesentlichen eine Zusammenfassung einiger Grundgedanken aus größeren, anerkannten Werken auf diesem Gebiete und eine Reihe wertvoller Hinweise für Eltern und Erzieher. Sie bemüht sich, die Frage zu beantworten, wann und in welcher Weise dem heranwachsenden Kinde bei normaler Entwicklung alles das beigebracht werden soll, was es vom Geschlechtsleben noch nicht weiß. Dagegen geht die Verfasserin im Rahmen dieser Broschüre nicht auf die Schwierigkeiten ein, die der proletarischen Mutter durch die besonderen Lebensverhältnisse (Wohnungslosigkeit, Sittlichkeitsverfall der Kinder usw.) erwachsen, und auf die daraus resultierende sexuelle Frage, wie eine allzu frühe Kenntnis der Kinder über geschlechtliche Einseitigkeiten zu vermeiden ist, denen sie geistig noch nicht gewachsen sind, wie dem Kinde die von der Verfasserin geforderte „Ehrfurcht vor den unzerstörlichen Tugenden des Menschen und der Liebesgemeinschaft“ trotz solcher frühzeitigen Kenntnis und Beobachtung intimer Einzelheiten zu erhalten ist. Dennoch kann das Buchlein für manche Eltern, die dem Problem der sexuellen Erziehung ganz fremd gegenüberstehen, einige Anregungen geben, insbesondere, da der niedrige Preis es jedem zugänglich macht.

Die ersten Hefen des Volkskunstverlags „Das Bild“. Die vier großen Gewerkschaften der graphischen Industrie haben vor einiger Zeit einen „Volkskunstverlag“ unter dem Namen „Das Bild“ gegründet, der das Genossenschaftsprinzip der Volkskassen auf die bildende Kunst überträgt. Zwei dieser Genossenschaften sind die Herausgeber und der Vertrieb originalgetreuer Reproduktionen von Werken bildender und angewandter Kunst der Vergangenheit und Gegenwart. Durch Anschaffung jedes Kapitalgewinnes soll es auch den minderbemittelten Volksschichten ermöglicht werden, sich mit den Werken alter und neuer Meister vertraut zu machen. — Die ersten drei Hefen dieser Genossenschaft liegen nacheinander vor: „Das Balkonzimmer“ von Adolph Menzel, „Der Kohlenkarran“ von Richard Schickel und „Ideale Landschaft“, ebenfalls von Richard Schickel. Da die Genossenschaft das modernste Vertriebsverfahren

